



Geschäftsbericht 2021

Sparda-Bank Hannover eG

Sparda-Bank

Inhalt

Geschäftsbericht 2021

- 2** Bericht des Vorstandes
- 3** Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!
- 4** Sicher durch eine unsichere Zeit
- 5** Wir sind für Sie da!
- 6** Organe
- 7** Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021
- 21** Jahresabschluss 2021
- 37** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 42** Dankeschön
- 42** Impressum
- 43** Kompetente Ansprechpartner vor Ort

Bericht des Vorstandes

Erfolgreiches Vermittlungsgeschäft

In einem herausfordernden Umfeld haben wir uns im Geschäftsjahr 2021 gut behauptet. Der Jahresüberschuss von 3,5 Millionen Euro ist angesichts des Niedrig- und Negativzinsumfeldes noch zufriedenstellend. Mit einer Bilanzsumme von 5,1 Milliarden Euro sind wir weiterhin eine der größten Genossenschaftsbanken in Norddeutschland.

Kontinuität und Verlässlichkeit geben Menschen Sicherheit. Das gilt besonders in Krisenzeiten. Das Vertrauen unserer 251.000 Kunden in unser genossenschaftliches Geschäftsmodell ist weiterhin groß. Die Plattform gute-banken.de bescheinigte uns eine sehr hohe Kundenzufriedenheit mit unseren Beratungsleistungen.

Das Einlagenvolumen wurde durch die Einführung einer Negativverzinsung und die gezielte Ansprache zu alternativen Anlagemöglichkeiten wie geplant abgebaut. Die Kundeneinlagen sind um 0,1 Milliarden Euro auf 4,4 Milliarden Euro gesunken. Aufgrund unserer fairen Konditionen und kompetenten Beratung hat uns die Zeitschrift FOCUS

MONEY wiederholt als einen der fairsten Baufinanzierer ausgezeichnet. Das Gesamtvolumen an Kundenkrediten ging leicht zurück auf 3,0 Milliarden Euro (2020: 3,1 Milliarden Euro). Vorhandene Liquidität der Kunden wurde für hohe Tilgungen und Sondertilgungen verwendet.

Der Provisionsüberschuss ging zurück auf 10,0 Millionen Euro. Ursache dafür war das BGH-Urteil vom 27. April 2021 zum AGB-Änderungsmechanismus, nach dem die Kontoführungsgebühren bis zur aktiven Kundenzustimmung ausgesetzt werden mussten. Die Provisionserträge für das Vermittlungsgeschäft konnten um 2,0 Millionen Euro auf 8,9 Millionen Euro gesteigert werden. Der Jahresüberschuss ermöglicht eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen. Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir umfangreich. Die Gesamtkapitalquote liegt per 31. Dezember 2021 bei 21,4 Prozent.



5,1 Milliarden Euro
betrug unsere Bilanzsumme
per 31. Dezember 2021.



**242 Vollzeitbeschäftigte und
186 Teilzeitbeschäftigte**
das heißt insgesamt 428 Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter waren 2021 durchschnittlich
bei der Sparda-Bank Hannover eG
tätig. Darüber hinaus waren durchschnittlich
sieben Auszubildende in unserer Bank
beschäftigt.

8,9 Millionen Euro
betrug unser Provisionsertrag
aus Vermittlungsgeschäft per
31. Dezember 2021. Im Vergleich:
Ende 2020 waren es
6,9 Millionen Euro.



251.142 Kundinnen und Kunden
vertrauten per 31. Dezember 2021 unserer
Genossenschaft.

Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!



Der Vorstand 2021 von links nach rechts: Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender), Niclas Bychowski

Freundlich und fair.

**Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Kunden und Mitglieder,**

auch das zweite Pandemiejahr hat viel von uns gefordert. Werte wie Zusammenhalt, Solidarität und Verlässlichkeit bekamen eine neue Bedeutung. Wir leben diese Grundsätze seit fast 119 Jahren.

Das anhaltende Niedrig- und Negativzinsniveau, die regulatorischen Anforderungen sowie die Folgen des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus stellten neben der Pandemie weitere Herausforderungen dar.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen haben wir uns im Geschäftsjahr 2021 gut behauptet.

251.000 Kunden vertrauen in diesen Zeiten auf unser solides, genossenschaftliches Geschäftsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Mit einer Kombination aus persönlicher Beratung und digitalen Angeboten sind wir in einer neuen Realität angekommen. Auch in Zukunft können sich unsere Kunden auf uns verlassen. Wir bleiben innovativ – und menschlich.

Herzliche Grüße

Ihr Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Sicher durch eine unsichere Zeit

Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Jahr 2021 begann so, wie das Jahr zuvor endete. Die gewohnte Leichtigkeit in allen Lebensbereichen kehrte aufgrund der vorherrschenden Pandemie noch nicht vollständig zurück. Deshalb haben wir in diesen unsicheren Zeiten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein sicheres Umfeld geschaffen.

Das digitale Arbeiten in Zeiten von Corona bot Chancen mit den neuen Herausforderungen zu wachsen. Auch im letzten Jahr haben wir uns auf neue Situationen und Arbeitsweisen eingestellt. Persönliche Treffen und Konferenzen wurden durch Videokonferenzen ersetzt. Aus der täglichen Abstimmungsrunde und aus dem kurzen Gespräch am Drucker wurde ein Telefonat oder ein virtueller Austausch.



Modernes Homeoffice

Fakt ist: Die Digitalisierung und auch Corona haben unsere Arbeitswelt verändert. Das Thema „New Work“ mit seinen agilen Arbeitsmethoden umgibt uns und wird uns auch in Zukunft weiter beschäftigen. 2021 arbeiteten viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz oder teilweise im Homeoffice. Modern ausgestattet mit Laptops und auf Wunsch auch mit Monitor, Maus und Tastatur konnten sie ihrer gewohnten Arbeit von zu Hause aus nachgehen.

886 Impfungen

Impfen schützt! Daher haben wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Angehörigen frühzeitig Impfangebote unterbreitet. Diese wurden sehr gut angenommen. Insgesamt 775 Corona- und 111 Grippe-Impfungen wurden im Zeitraum von Januar bis Dezember 2021 verabreicht.



Wir sind für Sie da!

Alles anders und doch gewohnt

Trotz aller Umstände war es auch 2021 unsere Prämisse, allen Kundinnen und Kunden weiterhin mit unserer Beratung, unseren Dienstleistungen und Produkten vollumfänglich und so gut wie möglich zur Verfügung zu stehen. Dabei hat sich vor allem die Art des Austausches mit unseren Kundinnen und Kunden verändert. Wo man sich vor zwei Jahren zu einem Beratungsgespräch noch in einer unserer Filialen traf, fanden die Gespräche 2021 oft über Video und Telefon statt.

Auch Veranstaltungen verlagerten sich ins World Wide Web. Dabei wurde das nicht mehr ganz so neue Medium "Digital-Event" sehr gut von allen Besucherinnen und Besuchern angenommen – in Zeiten von Corona eine echte Alternative zu Präsenzveranstaltungen.



Ausgezeichnete Video- & Telefonberatungen

Zahlreiche Beratungen haben 2021 über Video und Telefon stattgefunden. Das Angebot, sich bequem von zu Hause oder unterwegs beraten zu lassen, wurde von unseren Kundinnen und Kunden sehr gut angenommen. Auch auf dem Bewertungsportal www.gute-banken.de spiegelt sich das wider: 98 Prozent aller Bewertungen sind positiv.

Erfolgreiche digitale Veranstaltungen

Auch 2021 fanden Veranstaltungen statt, jedoch in anderer Form. Kunden-Events wie „Alles geregelt“ und „Alles angelegt“ wurden digital mit jeweils etwa 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Auch die alljährlichen Mitarbeiterversammlungen im Januar und November wurden jeweils von rund 390 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besucht. Die Vertreterversammlung im Sommer 2021 fand ebenfalls digital statt. Insgesamt 160 Vertreterinnen und Vertreter gaben ihre Stimme ab.



Organe

Vorstand

André-Christian Rump, Vorstandsvorsitzender
Jochen Ramakers, stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Niclas Bychowski, Vorstandsmitglied

Aufsichtsrat bis 18. Juni 2021

Susanne Steinert, Aufsichtsratsvorsitzende
Sven Hitz, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Katrín Becker
Jörg Dreyer
Karl Eickmeier
Thomas Hermann
Jürgen Köhn
Prof. Dr. Bodo von Rüden
Dominic Sauer

Vertreterversammlung bis 18. Juni 2021

Die Vertreterversammlung
besteht aus 183 Mitgliedervertretern.

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt/Main
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken e.V., Berlin

ab 18. Juni 2021

Susanne Steinert, Aufsichtsratsvorsitzende
Sven Hitz, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Katrín Becker
Jörg Dreyer
Karl Eickmeier
Thomas Hermann
Jürgen Köhn
Prof. Dr. Bodo von Rüden
Dominic Sauer

ab 18. Juni 2021

Die Vertreterversammlung
besteht aus 183 Mitgliedervertretern.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

der Sparda-Bank Hannover eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Die Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen sowie Ostwestfalen-Lippe und das Bundesland Bremen.

Die Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Coronawellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Andererseits bremsten die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geographisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommerhalbjahr und den durch Impfungen und Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahressicht aber lediglich auf dem niedrigen Vorjahresniveau stagnieren. Im Jahr 2020 waren die privaten Konsumausgaben um 5,9 Prozent eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen verstärkter Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,4 Prozent und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der öffentlichen Haushalte 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen vielfach andauerten, wie die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbetrag lag bei 153,9 Mrd. EUR, was 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 Prozent im Vorjahr auf etwa 71 Prozent gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent erneut deutlich überschritten haben. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2021 werden voraussichtlich im April 2022 veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeits-

losenquote von 5,9 Prozent auf 5,7 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommerhalbjahr, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 Prozent im Januar auf 5,3 Prozent im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 Prozent und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 Prozent gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

Die EZB hat ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fortgesetzt. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit dem Jahr 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und der im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP. Die Anleihebestände in den Büchern der EZB erhöhten sich beim APP um rund 200 Mrd. EUR auf 3.100 Mrd. EUR und beim PEPP um 840 Mrd. EUR auf rund 1.600 Mrd. EUR. Zusammengenommen erreichten die Anleihebestände ein Niveau von knapp 40 Prozent des Euroraumbruttoinlandsprodukts.

Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte oberhalb der 2-Prozentmarke zum Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 Prozent in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen wurde das Risiko einer Verfestigung der Inflation aber dann stärker als Risiko wahrgenommen. In der EZB-Ratssitzung im Dezember wurden allerdings nur erste, zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende vorgenommen. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt. Das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP wird aber im Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt, bevor sich dann die Kaufvolumina im weiteren Verlauf des Jahres wieder verringern. Ein Enddatum für das Programm wurde nicht beschlossen. Eine Zinserhöhung im Jahr 2022 wurde von EZB-Präsidentin Christine Lagarde als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnet.

Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat, dürften aber alles in allem in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2 Prozent an, zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von unter, aber nahe 2 Prozent formuliert worden. Zudem sollen perspektivisch in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der zur Messung des vorrangigen Ziels der Geldpolitik verwendet wird, die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums einbezogen werden. Bislang werden nur Mietkosten erfasst. In der aktuellen Situation könnte dies nach Proberechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat die ausgewiesene Inflationsrate um knapp einen viertel Prozentpunkt erhöhen. Allerdings sind mit der Umsetzung dieses Vorschlags zahlreiche methodische Herausforderungen verbunden, die noch gelöst werden müssen.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	5.088.373	5.304.881	-	216.508	4,1
Außerbilanzielle Geschäfte	1.325.316	983.867	+	341.449	34,7

Entgegen der Prognose verringerte sich die Bilanzsumme. Maßgeblich hierfür war insbesondere das weiter zurückgehende Volumen an Kundenforderungen bei gleichzeitiger Erreichung des Ziels, Kundenverbindlichkeiten abzubauen.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.168 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 226.148 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 1.098.000 TEUR zusammen setzen, liegen über Vorjahresniveau. Hier machen sich ein erhöhter Bestand an Kreditzusagen, die noch nicht abgerufen wurden und die Erhöhung der zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos erforderlichen derivativen Geschäfte bemerkbar.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	2.999.105	3.086.274	-	87.169	2,8
Wertpapiere	720.931	708.521	+	12.410	1,8
Forderungen an Kreditinstitute	1.241.157	1.380.345	-	139.188	10,1

Die Kundenforderungen gingen auch im Jahr 2021 weiter zurück. Damit entsprach die Entwicklung nicht der ursprünglichen Prognose, die noch von einer Steigerung ausgegangen war.

Die Produktion von Neugeschäft wurde zu Beginn des Jahres 2021 noch durch die Systemumstellung im Jahr 2020 beeinflusst. Aufgrund der unveränderten Rahmenbedingungen (Niedrig- und Negativzinsniveau und Covid 19 Pandemie) verfügt unsere Kundschaft unverändert über umfangreiche Liquidität, die erneut für hohe Tilgungen und Sondertilgungen genutzt wurde.

Zur Reduzierung der mit negativen Zinsen belasteten täglichen Forderungen an Kreditinstitute wurden diese in befristete Forderungen sowie Wertpapiere umgeschichtet und abgebaut.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	251.592	299.391	-	47.799	16,0
Spareinlagen von Kunden	1.515.757	1.444.966	+	70.791	4,9
andere Einlagen von Kunden	2.844.896	3.096.277	-	251.381	8,1

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert aus Tilgungen von zweckgebundenen Refinanzierungsdarlehen für das Kundengeschäft.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich planmäßig um insgesamt 4,0 Prozent reduziert. Zur Abdeckung der eigenen Belastung erfolgte die Einführung einer Negativverzinsung für Kunden mit hohem Guthaben. Begleitet wurde diese Maßnahme durch eine gezielte Ansprache und Beratung der Kunden, mit dem Ziel, alternative Anlagemöglichkeiten aufzuzeigen und zu vermitteln.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	6.540	4.982	+	1.558	31,3
andere Vermittlungserträge	2.346	1.894	+	452	23,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	7.582	13.504	-	5.922	43,9

In Folge der Beratungsgespräche zum Abbau von Kundenverbindlichkeiten konnten im Dienstleistungsgeschäft die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft und andere Vermittlungserträge deutlich gesteigert werden.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind dagegen eingebrochen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Jahr 2021 ein Urteil gefällt, nachdem Änderungen im Preisverzeichnis erst nach vorheriger Zustimmung des Kunden angewendet werden dürfen. Die Sparda-Bank Hannover eG hat daraufhin die Belastung von betroffenen Gebühren ausgesetzt und erst nach erfolgter Zustimmung der Kunden wieder aktiviert.

Investitionen

Nach den umfangreichen Investitionen der Vorjahre zur Anpassung der Technik auf das neue Rechenzentrum erfolgten im Jahr 2021 lediglich Anschaffungen zur weiteren Optimierung der Möglichkeit des mobilen Arbeitens, der Sicherheit und im Rahmen von Ersatzbeschaffungen. Das Investitionsvolumen belief sich auf insgesamt 637 TEUR.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2021 durchschnittlich 428 Angestellte.

Es befanden sich zu Beginn des Jahres 2021 fünf Auszubildende in der Berufsausbildung. Zum 01. August 2021 wurden vier Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen drei Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab.

Im Jahr 2022 stellt die Sparda-Bank Hannover eG fünf neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen inklusive Führungspositionen konnten in gewissem Umfang intern mit eigenem Personal besetzt werden. So haben Mitarbeiter wieder die Chance erhalten, ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Unsere Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildenden wurden an insgesamt 318 Seminartagen geschult. Die Sparda-Bank Hannover eG hat durchschnittlich rund 619 EUR pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten Fortbildungen zu rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, Vertiefung des Fachwissens im Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.3 Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	55.201	48.234	+	6.967	14,4
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	6.274	9.367	-	3.093	33,0
Provisionsüberschuss ²⁾	10.012	17.189	-	7.177	41,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	1.044	2.451	-	1.407	57,4
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	33.183	32.228	+	955	3,0
b) andere Verwaltungsaufwendungen	29.344	30.634	-	1.290	4,2
Bewertungsergebnis ⁴⁾	6.733	-3.206	+	9.939	310,0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	15.827	11.550	+	4.277	37,0
Außerordentliches Ergebnis	-584	-6.870	+	6.286	91,5
Steueraufwand	5.709	1.059	+	4.650	439,1
Jahresüberschuss	3.529	3.612	-	83	2,3

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13-16

Zur Optimierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden in den vorhergehenden Jahren Teile des Derivate-Portfolios verändert. Diese Maßnahme belastete im Jahr 2020 durch Realisierung eines negativen Barwertes in Höhe von 15.873 TEUR das Zinsergebnis. Nach Wegfall dieses Sondereffektes kam es im Jahr 2021 wieder zu einem Anstieg des Zinsergebnisses. Dieses liegt zum Jahresende 2021 oberhalb der im Vorjahr berichteten Prognosen. Im Zinsergebnis sind zudem zu erwartende Zinsaufwendungen betreffend langfristige Sparverträge für Vorjahre enthalten. Im Jahr 2021 hat die Sparda-Bank Hannover eG Ausschüttungen aus Spezialfonds in Höhe von 5.996 TEUR erhalten.

Das Provisionsergebnis erfüllt vor dem Hintergrund der zeitweilig ausgesetzten Kontoführungsentgelte nicht die ursprünglichen Erwartungen für das Jahr 2021. Der Absatz von Darlehen auf Internet-Kreditvermittlungsplattformen wurde wie beabsichtigt im Berichtsjahr wieder intensiviert und führte zu einem höheren Provisionsaufwand.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wurde maßgeblich durch Rückzahlungen für in der Vergangenheit vereinnahmte Kontoführungsgebühren belastet.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich entgegen getroffener Annahmen reduziert. Nach dem BGH-Urteil zur Zustimmungserfordernis bei AGB Anpassungen wurde der Fokus auf eine rechtskonforme Umsetzung gesetzt. Dies führte dazu, dass geplante Aktivitäten und Maßnahmen zurückgestellt wurden. Zudem haben sich die Aufwendungen für die Datenverarbeitung, wie erwartet, reduziert.

Die Sparda-Bank Hannover eG hat im Geschäftsjahr 2021 die Investments in Immobilienfonds in einen Spezialfonds gebündelt. Mit dieser Maßnahme wurde ein zukunftsorientiertes professionelles Management sichergestellt und administrative Erleichterungen erzielt. Im Rahmen der Übertragung kam es zur Realisierung von Kursgewinnen, die im Bewertungsergebnis in Höhe von 7.917 TEUR enthalten sind. Die realisierten Kursgewinne wurden überwiegend zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals genutzt, indem eine Zuführung zur Position "Fonds für allgemeine Bankrisiken" erfolgte.

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus den abschließenden Kosten für den im Jahr 2020 durchgeführten Rechenzentrumswechsel.

Der Jahresüberschuss entspricht den Erwartungen und ist angesichts des Niedrig- und Negativzinsumfeldes noch zufriedenstellend. Der Jahresüberschuss erlaubt bei einer Dividende von 1,25 Prozent eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Unverändert ist eine hohe Liquidität gegeben, sodass die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr stets gegeben war.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	74.005	74.506	-	501	0,7
Rücklagen	158.350	156.200	+	2.150	1,4

Nach 2020 kam es auch im Jahr 2021 zu einem Abfluss von gezeichnetem Kapital. Dieser Rückgang wurde durch Rücklagenzuführung kompensiert. Das bilanzielle Eigenkapital ist damit insgesamt wieder gestiegen und hat den Wert aus dem Jahr 2019 leicht überstiegen. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 164.393 TEUR (Vorjahr 158.388).

Abschließend verfügt die Sparda-Bank Hannover eG somit über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,07 Prozent.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 58,9 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund der Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt.

Finanzierungen mit einem Volumen von mehr als 400 TEUR sind die Ausnahme. Ihr prozentualer Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen beträgt per 31. Dezember 2021 3,5 Prozent. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgeschirmt. Latente Risiken sind durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	174.231	118.901	+	55.330	46,5
Liquiditätsreserve	546.700	589.620	-	42.920	7,3

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 14,2 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Im Anlagevermögen sind nachrangige Anleihen und unser Immobilien-Spezialfonds enthalten.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 1.098.000 TEUR eingesetzt. Die Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufes und der Lage

Die Sparda-Bank Hannover eG hat sich im Jahr 2021 im Umfeld der Niedrig- und Negativzinseinflüsse zwar gut behauptet, doch waren durch rechtliche Entwicklungen, wie zum Beispiel dem BGH Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus erhebliche Einbußen zu verkraften, die unter anderem durch die Nutzung von Reserven aus Immobilienfonds aufgefangen wurden. Somit entsprachen die endgültigen Ergebnisse nicht den ursprünglichen Prognosen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

III.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für die Bank eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch eine nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen die langfristige Existenz der Bank dauerhaft gesichert werden soll.

III.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank die Risiken, die die Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Die Inventur betrifft ebenfalls die damit verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“. Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- ➔ Adressenrisiken
- ➔ Marktpreisrisiken
- ➔ Liquiditätsrisiken
- ➔ Operationelle Risiken
- ➔ Vertriebs- und Betriebsrisiken
- ➔ Modellrisiken

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit. Der Status des „Annex-Instituts“ gem. Schreiben der BaFin hinsichtlich aufsichtsrechtlicher Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte wurde im Jahr 2021 verlassen.

Zur gezielten Steuerung der Risiken existieren Limite für die einzelnen Risikoarten. Die Risikoermittlung erfolgt im Konfidenzniveau 99,9 Prozent. Zum Stichtag wurde die gesamte Risikotragfähigkeit zu 46 Prozent ausgelastet.

In der strategischen Steuerung gem. Eigengeschäftsstrategie besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Bank im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist überwiegend passiv ausgerichtet, d.h., sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Für die strategische Steuerung und Vermögensallokation werden Diversifikationseffekte bewusst genutzt, die dagegen im Rahmen der Risikotragfähigkeit aus Vorsichtsgründen ignoriert werden.

Die Risikolage wird dem Vorstand im regelmäßigen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus.

Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichtes werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, sodass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten wird gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

III.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Bank simuliert werden.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Angesichts der Geschäftsstruktur beziehen sich die Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen, auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezial- und Immobilienfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, sodass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Bank niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken misst und steuert die Bank barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

Risiken der strategischen Asset-Allokation

Im Rahmen der strategischen Asset-Allokation wurden zur weiteren Diversifizierung Risiken in Aktien-, Renten und Immobilienfonds aufgebaut. Aktien- und Rentenfonds werden in einem Spezialfonds aggregiert, die einzelnen Immobilienfonds wurden im letzten Jahr in einen Masterfonds überführt.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Bank stellt sicher, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhält die Bank nicht. Die genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen der Zinsbuchsteuerung.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Die Bank unterscheidet zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäftes sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäftes.

Die Adressenrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR begrenzt.

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzt die Bank externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt. Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Besicherung.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes bestehen beispielsweise Limite hinsichtlich des risikorelevanten Geschäftes oder des Ratings im Bestand und Neugeschäft.

Die Ermittlung der periodischen Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf historisch beobachteten Kreditausfällen unter Berücksichtigung des erwarteten Bewertungsergebnisses und der erwarteten Entwicklung des Kundenkreditvolumens.

Das Adressenrisiko aus Ausfall- und Migrationsrisiko wird innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Kundengeschäft (KPM-KG) der parclT ermittelt.

Eigenanlagen

Bevor mit einer Adresse im Eigengeschäft Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei europäischen Emittenten in Euro getätigt.

In der Direktanlage sind zur Risikodiversifizierung die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in Abhängigkeit von der Bonität und Besicherung in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäftes gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimits im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings.

Ergänzend erfolgt eine Spreadüberwachung der zulässigen Emittenten und der im Bestand befindlichen Positionen.

Im Eigengeschäft werden Ausfall-, Spread- und Migrationsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Risikoermittlung erfolgt innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Eigengeschäft (KPM-EG) der parIT.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind.

Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden durch Strukturlimits auf Basis des Gesamtbestandes gesteuert.

III.4 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u. a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar.

Darüber hinaus ist die NSFR (Net Stable Funding Ratio) zur Einhaltung einer stabilen Refinanzierung täglich einzuhalten.

Die Finanzplanung der Bank ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend können bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten werden.

Darüber hinaus ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

Die Liquiditätsübersicht basiert auf Annahmen der Ergebnisvorschau und berücksichtigt liquiditätsspezifische Charakteristika der Produkte. Die Erstellung erfolgt innerhalb von VR-Control. In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzie-

rungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenverrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios insbesondere im Rahmen der Stresstests abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien.

Das ökonomische Liquiditätsrisiko zeigt den möglichen Verlust des Liquiditätskostenbarwertes auf, wenn sich das Verhältnis zwischen risikoloser Zinskurve (Swap) und Pfandbriefkurve ändert.

III.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen, Projekten und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Bei der Umsetzung der Anforderungen aus § 25h Abs. 2 KWG wird die Sparda-Bank Hannover eG durch die HGB Hanseatische Gesellschaft für Beauftragtenwesen eG (Sitz: Hamburg) unterstützt. An diese Genossenschaft wurde die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 7 KWG ausgelagert (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen).

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand von internen Risikoeinschätzungen bzgl. der Geschäftsprozesse, der Risiken der IT-Systeme und IT-Sicherheit, des Notfallmanagements, der Projekte sowie der wesentlichen Auslagerungen.

III.6 Weitere Risiken

III.6.1 Vertriebs- und Betriebsrisiko

Als Vertriebs- und Betriebsrisiken werden Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Wirkungen des Vertriebs- und Betriebsrisikos werden im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit im adversen Szenario gezeigt. Dagegen wird das Vertriebs- und Betriebsrisiko in der ökonomischen Risikotragfähigkeit nicht abgebildet, da in dieser Sicht nur die Risiken des aktuellen Bestandes ohne erwartetes Neugeschäft betrachtet werden.

III.6.2 Modellrisiko

Alle in der Risikotragfähigkeit abgebildeten Risiken ergeben sich aus der Verwendung von Modellen. Es besteht ein Modellrisiko, wenn die zugrunde liegenden Annahmen und Algorithmen sich von der tatsächlichen Entwicklung unterscheiden.

Zur Minimierung des Modellrisikos werden etablierte Verfahren und Modelle eingesetzt, die einem regelmäßigen Backtesting unterzogen werden. Ein wesentlicher Vorteil aus der Rechenzentrumsmigration liegt auch darin, dass mit der Einführung von VR-Control eine zentrale Modellvalidierung seitens der parclT vorgenommen wird.

Die bisherigen Validierungen bestätigten die Modelle der parclT. Darüber hinaus werden Modellrisiken für Marktpreis- und Adressenrisiken ermittelt und bei der jeweiligen Risikoart auf das Risikolimit angerechnet.

III.6.3 Coronavirus

Der weitere Verlauf der Coronapandemie zeigte auch in diesem Jahr keine Handlungsnotwendigkeiten in Bezug auf die eingesetzten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung der allgemeinen und besonderen Risiken kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Bank in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Zur Schärfung des bestehenden Geschäftsmodells und zur Optimierung ihrer Kunden- und Produktphilosophie wird die Sparda-Bank Hannover eG dem Weg ihrer eingeschlagenen Strategie weiter folgen.

Zur konsequenten Entwicklung und langfristigen Bindung der Bestandskunden werden die Aktivitäten der Bank auf die vier definierten Bedarfsfelder „Bauen und Wohnen“, „Geldanlage“, „Vorsorge“ sowie „Girokonto“ konzentriert. Insofern bleibt das Kundengeschäft von wesentlicher Bedeutung.

Die Gewinnung von Gehaltskonten und Baufinanzierungen sowie die Vermittlung von Investmentfonds stehen auch weiterhin im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten.

Auf Basis der zu Beginn des Jahres 2022 getroffenen Planungsannahmen wird ein Wachstum der gesamten Kundenaktiva von über 4 Prozent erwartet. Die Kundeneinlagen werden minimal, d.h. weniger als 0,5 Prozent sinken. Daraus ergibt sich ein leichter Rückgang der Bilanzsumme von ca. einem Prozent.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d.h. benchmarknah im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen werden über Fonds abgebildet.

In den Planungsrechnungen wird grundsätzlich eine Prolongation des Wertpapierbestandes unterstellt, sodass von einem konstanten Verlauf auszugehen ist.

Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind gerade aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in den nächsten Jahren von einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Die Bank ist daher bestrebt, ihre Effizienz dauerhaft zu steigern, indem sie die Produkte und Prozesse – stets mit Blick auf den Kunden – digitalisiert, optimiert und automatisiert. Hierzu betreibt sie eine ständige Ertragssteuerung und ein aktives Kostenmanagement. Hier wirkt insbesondere die im letzten Jahr durchgeführte Rechenzentrumsmigration mit einer Stabilisierung der IT-Kosten in den kommenden Jahren.

Der Zinsüberschuss wird langfristig durch das aktuelle Niedrig- und Negativzinsniveau bei anhaltend starkem Wettbewerb im Privatkundenbereich belastet. Aufgrund des geplanten Wachstums an Baufinanzierungen und den ergänzenden Erträgen aus dem Eigengeschäft wird sich der Zinsüberschuss im Jahr 2022 auf dem Niveau des Vorjahres bewegen.

Im Jahr 2022 wird das Provisionsergebnis ca. 7 Mio. EUR über dem Vorjahrswert liegen, was insbesondere aus dem Wiedereinsetzen der Kontoführungsentgelte resultiert.

Der Verwaltungsaufwand wird gegenüber dem Vorjahr um ca. zwei Millionen EUR ansteigen, da im Vorjahr nicht alle geplanten Aktivitäten vollumfänglich umgesetzt wurden. Durch die starke Fokussierung auf das Baufinanzierungsgeschäft können sich die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft tendenziell erhöhen. Aufgrund der bestehenden Limitierung, der vergleichsweise hohen Granularität des Portfolios und der bestehenden Reserven sollten mögliche Ausfälle verkraftbar sein.

Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwartet die Bank keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Bewertungsergebnis aus Kunden- und Eigengeschäft wird folglich auf dem Niveau des Vorjahres bleiben.

Den ermittelten Risiken steht ausreichend Risikodeckungsmasse gegenüber. Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden.

Die Einführung des antizyklischen Kapitalpuffers für Deutschland in Höhe von 0,75 Prozent und des Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien in Höhe von 2,0 Prozent ab 01. Februar 2023 wurde im Rahmen der Kapitalplanung überprüft. Aufgrund der guten Eigenmittelausstattung lassen sich hieraus keine Engpässe für die Geschäftstätigkeit ableiten.

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet damit zusammenfassend in den beiden nächsten Geschäftsjahren aufgrund der durchgeführten Maßnahmen des Vorjahres sowie der geplanten Aktivitäten im Kundengeschäft eine Ergebnissteigerung.

Das dabei erreichte Niveau kann voraussichtlich gehalten werden.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für die Vermögens- und Ertragslage kann die Coronapandemie bleiben.

Durch Kreditausfälle, Stundungen, schlagend werdende Marktpreisrisiken sowie verstärkte Rückgänge im Provisionsergebnis durch ausbleibendes Vermittlungsgeschäft in Verbindung mit rückläufigem Produktabsatz können sich erhebliche negative Auswirkungen auf die Bestandsentwicklung und Ertragslage der Bank ergeben.

Gleichzeitig können sich Rezessionsgefahren oder ein weiteres Eskalieren des Krieges zwischen Russland und der Ukraine auf das Geschäftsergebnis negativ auswirken.

Daher werden diese Aspekte fortlaufend beobachtet, sodass daraus Maßnahmen zur Ergebnis- und Risikosteuerung abgeleitet und umgesetzt werden können.

Mit allen Geschäftsaktivitäten will die Bank weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um weiterhin eine langfristige Existenzsicherung, auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen, zu ermöglichen. Von grundlegender Bedeutung ist das zinsabhängige Kundengeschäft.

Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells erfolgt u. a. im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit (Kapitalplanung). Anhand von Szenarioanalysen für das aktuelle und die folgenden drei Kalenderjahre werden mögliche Entwicklungen der Ergebnis- und Vermögenslage aufgezeigt. Daraus können bei Bedarf frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Die größten Chancen für das Geschäftsmodell ergeben sich, wenn die Zinsen stark und nachhaltig ansteigen. Eine weitere Chance liegt in der Intensivierung der Vertriebsaktivitäten im Provisionsgeschäft.

Die größten Risiken ergaben sich bisher aus einer auf niedrigem Niveau verharrenden oder weiter sinkenden Zinslandschaft und parallel nachgebenden Aktienmärkten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass, soweit vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert wurden oder Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Hannover, den 10. März 2022

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

1. Jahresbilanz zum 31.12.2021

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			18.761.526,93		18.331
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			48.650.838,39		45.999
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	48.650.838,39				(45.999)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	67.412.365,32	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			842.493.544,73		1.157.731
b) andere Forderungen			398.663.401,86	1.241.156.946,59	222.614
4. Forderungen an Kunden				2.999.104.819,14	3.086.274
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.186.432.852,58				(2.307.186)
Kommunalkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		–			31.952
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(31.952)
bb) von anderen Emittenten		383.769.917,46	383.769.917,46		397.299
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	238.647.329,62				(262.778)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	383.769.917,46	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				337.161.289,69	279.271
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.354.566,50		9.605
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44				(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			32.310,00	9.386.876,50	32
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.000,00				(21)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				38.714.398,54	38.714
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				5.547,67	11
darunter: Treuhandkredite	5.547,67				(11)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			21.016,00		68
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	21.016,00	–
12. Sachanlagen				3.485.486,51	4.344
13. Sonstige Vermögensgegenstände				7.897.081,34	11.795
14. Rechnungsabgrenzungsposten				124.909,56	488
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				132.690,66	353
17. –				–	–
Summe der Aktiva				5.088.373.344,98	5.304.881

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			84.550,48		8.141
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			251.507.766,64	251.592.317,12	291.250
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.514.378.800,76			1.443.028
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		1.378.266,97	1.515.757.067,73		1.938
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.818.570.684,39			3.067.456
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		26.325.727,00	2.844.896.411,39	4.360.653.479,12	28.821
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				5.547,67	11
darunter: Treuhandkredite	5.547,67				(11)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				5.320.259,08	5.270
6. Rechnungsabgrenzungsposten				47.969,96	46
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			12.545.370,00		12.410
b) Steuerrückstellungen			1.077.825,41		-
c) andere Rückstellungen			16.409.386,95	30.032.582,36	13.360
8. -				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				40.443.870,55	40.444
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				164.392.917,28	158.388
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			74.005.359,89		74.506
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		25.489.000,00			25.117
cb) andere Ergebnisrücklagen		132.861.000,00			131.083
cc) -		-	158.350.000,00		-
d) Bilanzgewinn			3.529.041,95	235.884.401,84	3.612
Summe der Passiva				5.088.373.344,98	5.304.881

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.168.547,60		1.177
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.168.547,60	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			226.147.866,03	226.147.866,03	104.689
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		67.702.731,83			78.193
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.571.847,66	70.274.579,49		2.427
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	2.933.266,44				(2.504)
2. Zinsaufwendungen			-15.073.307,68	55.201.271,81	-32.386
darunter: erhaltene negative Zinsen	181.143,76				(-)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			6.274.048,33		9.367
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			417.654,26		-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	6.691.702,59	1.900
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			16.848.688,27		20.724
6. Provisionsaufwendungen			-6.836.215,26	10.012.473,01	-3.536
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				3.890.152,41	3.798
9. -				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-25.278.374,28			24.732
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-7.904.685,00	-33.183.059,28		-7.495
darunter: für Altersversorgung	-3.369.587,69				(-3.224)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-29.343.538,42	-62.526.597,70	-30.634
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.328.981,52	-1.523
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2.846.440,21	-1.347
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-455.791,50			(-579)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-1.170.098,65		-2.901
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-1.170.098,65	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbunde- nen Unternehmen und wie Anlagever- mögen behandelte Wertpapiere			-		-305
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			7.903.501,95	7.903.501,95	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. -				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				15.826.983,69	11.550
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-584.046,65		-6.870
22. Außerordentliches Ergebnis				-584.046,65	(-6.870)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-5.697.895,20		-1.048
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-11.358,49	-5.709.253,69	-11
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-6.004.641,40	-9
25. Jahresüberschuss				3.529.041,95	3.612
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				3.529.041,95	3.612
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				3.529.041,95	3.612
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				3.529.041,95	3.612
28a. -				-	-
29. Bilanzgewinn				3.529.041,95	3.612

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover, ist beim Amtsgericht Hannover unter der Genossenschaftsregister-Nummer 220 eingetragen.
- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Basis eines Berechnungsverfahrens, das den auf der Grundlage unserer internen Risikosteuerung ermittelten erwarteten Verlust der nächsten zwölf Monate schätzt.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Sowohl die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) als auch die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstrumentes wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Nennswerte passive Steuerlatenzen bestehen nicht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie bei den Rückstellungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für Pensionsanswartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Hierbei liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, sechs Prozent und als Rententrend zwei Prozent (bei kongruent rückgedeckten Zusagen ein Prozent) angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte entsprechend unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2021 (1,87 Prozent). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 3.678.941 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand gezeigt.

Kongruent rückgedeckte Pensionszusagen, bei denen in der Zusage bei der Leistungshöhe auf die in der Rückdeckungsversicherung abgesicherten Leistungen verwiesen wird, wurden wie wertpapiergebundene Zusagen gemäß § 253 Abs. 1 HGB bewertet. D. h., dass solche Zusagen mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung angesetzt wurden.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsversicherung und wurden in Höhe von 30.119.618 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtung verrechnet.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Wertsteigerungen/ Zinsen des Deckungsvermögens) in Höhe von 571.041 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches

Die Finanzinstrumente des Zinsbuches (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuches nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2021 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem

Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 226.147.866 EUR betreffen 134.817.139 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Es werden unwiderrufliche Kreditzusagen gewährt, um den Finanzierungsbedürfnissen der Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Bank widerrufen werden können. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrages). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwandes). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellings- kosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellings- kosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlageverwerte	1.867.639	–	–	a) 1.511 b) –	1.866.128	21.016	67.808
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	24.716.638	636.616	–	a) 2.873.911 b) –	22.479.343	3.485.487	4.344.268
Summe a	26.584.277	636.616	–	a) 2.875.422 b) –	24.345.471	3.506.503	4.412.076

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zu- gängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR (+)	EUR (–)	EUR (+/-)	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlageverwerte	1.799.831	–	1.511	–	46.792	–	1.845.112
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	20.372.370	–	2.660.704	–	1.282.190	–	18.993.856
Summe a	22.172.201	–	2.662.215	–	1.328.982	–	20.838.968

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlage- vermögens	119.370.683		54.860.059 174.230.742
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	9.636.877		–250.000 9.386.877
Anteile an verbundenen Unternehmen	38.714.399		– 38.714.399
Summe b	167.721.959		54.610.059 222.332.018
Summe a und b	194.306.236		225.838.521

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- ➔ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.216.456.032 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- ➔ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	2.663.402	31.000.000	165.000.000	200.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	63.122.228	145.627.864	702.964.682	2.076.847.318

In den Forderungen an Kunden sind 10.542.727 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- ➔ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 29.830.246 EUR fällig.
- ➔ In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	1.216.456.032	1.355.658.597
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	246.728.636	231.870.320

- ➔ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
a) Renditeerwartung	185.035.704	201.255.280	16.219.576	2.506.180	Ja
b) Renditeerwartung	152.125.586	154.875.394	2.749.808	–	Nein

Die Anlage zu „a)“ enthält eine Teilkomponente in Höhe von 15.000.000 EUR bei der eine tägliche Rückgabe nicht möglich ist.

- ➔ Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Hannover Immobilien GmbH, Hannover	100	2021	31.289	2021	625
b) 1. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2021	44.435.570	2021	–19.399
c) 2. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2021	44.684.500	2021	1.007.690

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,07	2020	10.830.809.611	2020	254.791.684
b) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Hannover	0,04	2021	1.378.909.700	2021	42.620.880

➔ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	383.769.917	347.633.275	36.136.642	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	152.125.586	–	152.125.586	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	–	207.904	–

➔ Im Bilanzposten „Treuhandvermögen“ (A9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen und für fremde Rechnung gehalten werden.

➔ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.485.487

➔ Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Erstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt	1.603.687
- Gewerbesteuererstattungsansprüche gegenüber diversen Gemeinden	2.067.152
- Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	3.377.068

➔ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	22.105.156	22.159.655

➔ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 251.507.767 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	3.769.756	10.004.985	51.333.106	186.399.920
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	524.822	–	789.777	63.668
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.126.476	1.891.330	23.057.422	250.499

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Personalaufwand und Lohnsteuer	1.762.837
- Steuern (Abgeltungsteuer, KiSt, SolZ)	465.995

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
- Personalaufwand und Lohnsteuer	1.612.166

→ Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 920.850 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	10.000.000	EUR	2,410	04.12.2024
	5.000.000	EUR	1,900	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,010	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,315	21.05.2025
	5.000.000	EUR	2,260	22.05.2025
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027
Nominalbeträge von Mittelaufnahmen unter 10 % des Gesamtbetrages	2.000.000	EUR		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	251.507.767	291.259.276
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.722.931	4.378.033	–	–

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		71.332.872
b) der ausscheidenden Mitglieder		2.520.180
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		152.308
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–	–

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2021	25.117.000	131.083.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	372.000	1.778.000
Stand 31. Dezember 2021	25.489.000	132.861.000

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,250 %	909.041,95
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	354.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	2.266.000,00
Insgesamt	3.529.041,95

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestandes

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC - Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	225,0	525,0	348,0	1.098,0	11,7	–

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Die Berechnung "Beizulegender Zeitwert" bei den Zins-Swaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeit-adäquaten Marktzins diskontiert.

Das den Geschäften innewohnende „Adressenrisiko“ wurde auf der Grundlage der Berechnung der Kreditäquivalente der CRR ermittelt und mit dem für den Vertragspartner zuzurechnenden Bonitätsgewicht angegeben.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- ➔ Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Außerordentliche Aufwendungen	EUR
Aufwendungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entscheidung zum Wechsel des Rechenzentrums stehen	584.047

E. Sonstige Angaben

- ➔ Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- ➔ Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 260.265 EUR.
- ➔ Die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen erhielten 934.707 EUR.
- ➔ Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2021 Pensionsrückstellungen in Höhe von 18.158.508 EUR.
- ➔ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.221.821
Mitglieder des Aufsichtsrates	82.558

- ➔ Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen-, und Girogeschäfts vorgenommen.
- ➔ Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 8.111.676 EUR.
- ➔ Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

➔ Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

➔ Die Zahl der im Jahr 2021 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	242,00	186,00

Außerdem wurden durchschnittlich 7,00 Auszubildende beschäftigt.

➔ Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Mitgliederbewegung	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen
			EUR
Anfang 2021	213.804	1.374.775	71.488.300
Zugang 2021	306	49.171	2.556.892
Abgang 2021	8.629	52.160	2.712.320
Ende 2021	205.481	1.371.786	71.332.872

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	155.427
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	155.428
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	52

➔ Ab dem 01. Januar 2022 ist die Nachschusspflicht der Mitglieder gemäß Satzung § 40 Abs. 2 ausgeschlossen.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hannover eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ➔ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 und
- ➔ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.999 Mio. EUR. Dies entspricht 58,9 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- ➔ die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen - mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- ➔ wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- ➔ anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt

die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ➔ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ➔ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- ➔ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ➔ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- ➔ beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- ➔ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- ➔ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i.V.m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- ➔ Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- ➔ nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- ➔ Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 31. März 2022

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. i. V. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Dankeschön

„Was der Einzelne nicht vermag, das vermögen viele“, formulierte Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Diesen Kerngedanken aller Genossenschaften leben wir noch heute – im genossenschaftlichen Verbund und durch die Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Den vielen Menschen, die uns 2021 unterstützt haben, sagen wir: „Danke schön!“

Ein ganz besonderer Dank geht an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind das Herz unserer Bank und setzen sich jeden Tag aufs Neue für unsere Kunden ein. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates danken wir, dass sie die Interessen unserer Bank verantwortungsvoll vertreten. Unseren Mitgliedern und Kunden sagen wir: „Danke für Ihr Vertrauen und Ihre Treue.“

Bei unseren historisch verbundenen Kooperationspartnern DZ Bank AG, Deutsche Bahn AG und Bundeseisenbahnvermögen bedanken wir uns für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ein weiterer Dank gilt unseren Partnern Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, DEVK Versicherungen, Union Investment, GENO Broker GmbH, Hypoport AG, Teambank AG, Credit Life AG und Raisin DS GmbH für ihre Unterstützung.

Mit unserem Dachverband, dem Verband der Sparda-Banken e.V. in Frankfurt am Main, haben wir stets einen starken und zuverlässigen Partner im Rücken. Ihm danken wir, dass er sich für unsere gemeinsamen Interessen einsetzt.

Impressum

Herausgeber
Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung
PEPE berlin
Wolfener Str. 32-34, Haus M
12681 Berlin

Druck
Printmedien Biewald GmbH & Co. KG
Lägenfeldstraße 8
30952 Ronnenberg

Quellennachweis Bilder
Seite 3 Karsten Koch

Kontakt
Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation
kommunikation@sparda-h.de

Kompetente Ansprechpartner vor Ort

1. Bremerhaven
2. Bremen,
Contrescarpe-Center
3. Bremen (SB)
4. Bremen (SB)
5. Bremen (SB)
6. Delmenhorst
7. Celle
8. Langenhagen
9. Lehrte (SB)
10. Hannover,
Ernst-August-Platz
11. Hannover (SB)
12. Hannover (SB)
13. Hannover (SB)
14. Hannover (SB)
15. Seelze (SB)
16. Wolfsburg
17. Braunschweig
18. Wolfenbüttel (SB)
19. Hildesheim
20. Hameln
21. Minden
22. Herford (SB)
23. Bielefeld
24. Detmold
25. Gütersloh (SB)
26. Goslar (SB)
27. Northeim (SB)
28. Göttingen



Stand: April 2022

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100

sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de